

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE

Studiengänge für akademisch qualifizierte Soziale Arbeit und Pädagogik ausbauen

Nicht erst im Zuge der aktuellen Migrationsbewegung wird deutlich, dass es aktuell und zukünftig einen großen Bedarf an akademisch qualifizierter Sozialer Arbeit und Pädagogik gibt. Gesellschaftliche Veränderungen und Armutslagen im Land Bremen bringen zusätzliche Bedarfe. Fachkräfte u.a. im Bereich der Flüchtlingshilfe werden händeringend gesucht.

Der Studiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Bremen hält zurzeit jährlich 120 Plätze für StudienanfängerInnen im Bachelor vor, davon sind 40 Plätze aus Hochschulpaktmitteln finanziert. Diesen standen zuletzt 3000 Bewerbungen gegenüber. In den 1990er Jahren lagen die Kapazitäten der Sozialen Arbeit an der Hochschule Bremen bei rund 250 pro Jahr. Darüber hinaus wurde an der Universität der Studiengang Sozialpädagogik angeboten, der im Jahr 2003 geschlossen wurde. Der Studiengang Behindertenpädagogik wurde 2008/2009 geschlossen. Seitdem gibt es an der Universität pädagogische Studiengänge fast nur noch im Bereich Lehramt.

Im Wissenschaftsplan 2020 heißt es in Bezug auf den Studiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Bremen: „Das Land erwartet eine Stärkung des Profilbereichs Soziale Arbeit.“ Diese Zielvorgabe muss jetzt konzeptionell unterfüttert und finanziell abgesichert werden.

Notwendig ist die Schaffung zusätzlicher Studienplätze, um der gestiegenen Fachkräftenachfrage in Bremen und der Region gerecht zu werden. Die geplante Einrichtung eines dualen Studiengangs Soziale Arbeit reicht bei Weitem nicht aus, dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Kurzfristig sollte deshalb die Zahl der Erstsemester Plätze deutlich erhöht werden. Außerdem fehlt bisher ein konsekutiver Masterstudiengang Soziale Arbeit. Dieser müsste eingerichtet werden, da sich andernfalls viele Bachelor-AbsolventInnen für ein Master-Studium aus dem Land Bremen wegbewerben und dann dem hiesigen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen werden.

Ergänzt werden sollte das bestehende Studienangebot an der Hochschule Bremen auch durch einen berufsbegleitenden Bachelor beispielsweise für ErzieherInnen, HeilpädagogInnen und QuereinsteigerInnen in diesem Berufsfeld.

Für die Stärkung des Studiengangs Soziale Arbeit muss zwingend zusätzliches Geld für feste Stellen und ggf. weitere Raumkapazitäten bereitgestellt werden, denn die Hochschule Bremen ist seit Jahren strukturell unterfinanziert. Weitere Studiengangsschließungen müssen vermieden werden.

Der Ausbau des Studiengangs Soziale Arbeit an der Hochschule sollte dabei in ein Gesamtkonzept für das Land Bremen eingebettet werden, an dem auch die Universität Bremen beteiligt wird. An der Universität ist neben der notwendigen Stärkung der Inklusiven Pädagogik (Lehramt) zu prüfen, ob ein eigenständiges Angebot für nicht-schulische Bachelor- und Masterstudiengänge im Bereich Pädagogik/Erziehungswissenschaften wieder eingeführt werden sollte.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- schon für das Wintersemester 2016/2017 einen Ausbau der Studienplätze im Studiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Bremen um 20 Prozent zu ermöglichen, um auf den akuten Bedarf an zusätzlichen Ausbildungskapazitäten zu reagieren. Für einen nachhaltigen Ausbau mit dauerhaft eingerichteten Stellen und zusätzlichen Raumkapazitäten sind die notwendigen finanziellen Mittel bereit zu stellen.
- zusammen mit der Hochschule Bremen, der Universität und Akteuren der Wohlfahrtspflege eine Analyse der aktuellen und zukünftigen Bedarfe im Bereich akademisch-qualifizierter Sozialer Arbeit und schulischer, sowie außerschulischer Pädagogik zu erarbeiten.
- auf Grundlage der gestiegenen Bedarfe zusammen mit der Hochschule Bremen eine quantitative und qualitative Ausbauplanung vorzunehmen und die zusätzlichen finanziellen Mittel dafür ab dem Doppelhaushalt 2016/2017 bereitzustellen. In diesem Zusammenhang soll auch die Einrichtung eines berufsbegleitenden Bachelorangebots und eines konsekutiven Masterstudiengangs geprüft werden. Dieser Ausbau soll nicht zu Lasten anderer Studiengänge realisiert werden.
- im Zuge der Bedarfsermittlung gemeinsam mit der Universität Bremen zu prüfen, ob Studiengänge im außerschulischen pädagogischen Bereich an der Universität eingerichtet werden sollen und wie die Inklusive Pädagogik (Lehramt) zeitnah gestärkt werden kann.
- Den zuständigen parlamentarischen Gremien ist bis Juni 2016 zu berichten.

Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.